

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 28.

Berlin, den 25. März 1917.

11. Jahrgang.

Montag, den 26. März: Leseabend in Gross-Berlin.

Die Wahl im 11. Landtagswahlbezirk.

Genosse Mehring gewählt.
Der 20. März hat beendet, was bei den Wahlmänner-Ersatzwahlen am 21. Februar im 11. Berliner Landtagswahlbezirk begonnen war: den vollständigen Sieg der Opposition und ihres Kandidaten Mehring über die glatte Niederlage der Sozialpatrioten in ihrem Durchhalteandaten Brunner. Neben wurden insgesamt 427 Stimmen. Davon haben erhalten

| | |
|--------------------------|-------------|
| Mehring (Sozialdemokrat) | 341 Stimmen |
| Hausberg (Freisinniger) | 44 " |
| Brunner (Sozialpatriot) | 42 " |

Wahltag.

Der Beginn der Wahlhandlung am 20. März zeigte von neuem recht eindringlich die ganzen „Schönheiten“ der preussischen Dreiklassenwahlrechts auf. Der Wahlvorstand hatte zunächst über die Gültigkeit zahlreicher Wahlmännerwahlen zu beschließen. Die vom Magistrat mit der Durchführung der Wahlmänner-Ersatzwahlen beauftragten Wahlvorsteher hatten in vielen Fällen die vielen Formvorschriften, die ihnen das Wahlreglement auferlegt, nicht beachtet, die in der Zusammenfassung des Wahlvorstandes bestehen. In zahlreichen Fällen war der Wahlvorstand nicht aus Urwählern des Bezirks gebildet. In anderen Fällen fehlte das Wahlprotokoll der vorgeschriebenen 3 Unterschriften des Wahlvorstandes; entweder fehlte der Name eines Beisitzers oder des Protokollführers oder der Name eines Beisitzers stimmte mit der Schreibung des Wählers in der Urwählerliste nicht genau überein.

In den 112 Urwahlbezirken waren die Folgen von 31 Urwahlbezirken wegen dieser Mängel beanstandet. Der Wahlvorstand für die Abgeordnetenwahl mußte sich an die für die preussische Landtagswahl noch heute im Zeichen der Neuorientierung geltenden veralteten, gänzlich unhaltbaren Bestimmungen halten und die in diesen 31 Urwahlbezirken vollzogenen Wahlmännerwahlen für ungültig erklären. So kam es, daß schon bei dem Beginn der Abgeordnetenwahl die Wahl von nicht weniger als

66 Wahlmännern für ungültig erklärt wurde. Dadurch sind von vorher ein mindestens 1000 Wähler um ihr Wahlrecht gekommen, deren beauftragte Wahlmänner zur Stimmabgabe nicht zugelassen wurden. Und das, obwohl weder Wähler noch Wahlmänner die geringste Schuld trafen. Die ganze Wahlarbeit war umsonst und die Wähler waren ihres Wahlrechts beraubt. Von 3 oder 4 Wahlmännern abgesehen, handelt es sich um Wahlmänner, die für Mehring gewählt worden waren. Man kann sich die Empörung der Wahlmänner vorstellen, die gekommen waren, den Auftrag ihrer Wähler auszuführen und nun zurückgewiesen wurden, ohne ihr Wahlrecht ausgeübt zu haben.

Unsere Wahlmänner haben gewissenhaft ihre Pflicht erfüllt. Bis auf einige, die durch schwere Krankheit verhindert und einige andere, die in zwischen eingezogen oder durch andere Umstände am Erscheinen verhindert waren, sich aber entschuldigt hatten, haben unsere Anhänger das Vertrauen ihrer Wähler vollkommen gerechtfertigt.

Die Wahlbeteiligung.

Der 11. Landtagswahlbezirk hatte 1913 660 Wahlmänner. Die Wahlmänner werden auf die ganze Legislaturperiode gewählt und bei einer erforderlich werdenden Ersatzwahl werden nur Wahlmänner-Ersatzwahlen für die inzwischen aus dem Landtagswahlbezirk verzogenen oder gestorbenen Wahlmänner vorgenommen, oder auch des-

halb, wenn Wahlmänner ihr Mandat niedergelegt haben. Für die im Felde befindlichen Wahlmänner werden keine Ersatzwahlen vorgenommen. Bis zur Ausschreibung der Wahlmänner-Ersatzwahlen am 21. Februar waren etwa 160 Wahlmänner zum Heere eingezogen, so daß keine 500 Wahlmänner bei der diesmaligen Wahl vorhanden waren. Rechnet man von diesen 500 Wahlmännern die 66 für ungültig erklärten Wahlmänner ab, so blieben am 20. März nur noch 434 Wahlmänner übrig, die für die Wahl in Frage kamen. Aber auch hiervon gehen noch 5 Wahlmänner ab, deren Wahl am 21. Februar infolge Nichtzustandekommens des Wahlvorstandes nicht zustande gekommen ist. Berücksichtigt man, daß einige neu gewählte Wahlmänner in zwischen eingezogen worden sind, und daß andererseits einige früher Eingezogene entlassen worden und zurückgekommen sind, so steht die Tatsache fest, daß die Wahlmänner am 20. März bis auf wenige Ausnahmen nahezu restlos am Wahltag erschienen sind, denn es haben 427 Wahlmänner ihre Stimme abgegeben.

Die Sozialpatrioten.

Eine recht traurige Rolle haben die Sozialpatrioten bei dieser Wahl gespielt. Sie traten in die Wahl ein mit einem Aufruf, in der 1. Abteilungs die Wahlmänner der Freisinnigen Volkspartei zu wählen, während die Freisinnige Volkspartei ihre Wähler aufforderte, in den anderen Abteilungen den Wahlmännern der Sozialpatrioten die Stimme zu geben. Gleich im ersten Wahlgange verbündeten sich die Regierungssozialisten mit den politischen Gegnern der Arbeiterklasse. Sie, die vorgeben, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vorzustellen, sie verstießen dabei in der schändlichsten Weise gegen den Beschluß des sozialdemokratischen Parteitagess für Preußen, der vom 6. bis 8. Januar 1913 tagte, und für die Urwahlen den Grundsatz aufstellte:

„Wo es gelingt — und sei es auch nur in einem Orte eines Landtagswahlkreises — sozialdemokratische Wahlmänner aufzustellen, müssen sich die Genossen an den Urwahlen in allen drei Wahlklassen beteiligen; sie dürfen in diesem Falle nur für die sozialdemokratischen Wahlmänner stimmen.“

Aber was kümmern unsere Sozialpatrioten solche Beschlüsse, wenn es gegen die verhassten Sozialdemokraten geht: sie verbündeten sich sofort mit den Gegnern der Arbeiterschaft. Die Freisinnigen erhielten bei den Wahlmänner-Ersatzwahlen am 21. Februar 36 Wahlmänner, die Sozialpatrioten nur 7. Die Leuten hofften auf die alten von 1913 noch vorhandenen Wahlmänner und glaubten dadurch das Mandat zu ergattern. Aber die Freisinnigen hatten mehr Klarsicht empfunden als unsere Regierungssozialisten; sie pfliffen ihnen was und stellten zur Abgeordnetenwahl einen eigenen Kandidaten auf, von dem sie noch bis zum Nachmittag des 20. März hofften, ihn mit unserem Kandidaten in die Stichwahl zu bringen. Dann wären die Umlernezsozialisten in die Lage gekommen, in der Stichwahl für den Fortschrittler und gegen den Sozialdemokraten einzutreten. Der Wahlausgang hat beiden die Mühe erspart. Von den alten Wahlmännern haben 35 ihre Stimme für Brunner abgegeben, mehr nicht. Hätten diese Wahlmänner diesmal zur Wahl gestanden, so wären auch sie nicht gewählt worden, da die Wählererschaft im 11. Landtagswahlbezirk nicht zu den Durchhaltern hält.

Ihre Kampfmittel.

Recht niedrig waren die Kampfmittel, die unsere Umlernezsozialisten in dem verflochtenen

Wahlkampf im 11. Landtagswahlbezirk in Anwendung brachten. Ihre Zumutungen an unsere Wahlmänner, ja Brunner zu wählen und an ihren Wählern Berrat zu üben, sind von unseren Genossen mit der gebührenden Verachtung zurückgewiesen worden. Schmeichelhaft waren die Antworten nicht, die den Regierungssozialisten ob des verlangten Vertrauensmißbrauches zuteil geworden sind. Sie hier im Wortlaut zu veröffentlichen, wie das einige Genossen wünschen, ist nicht möglich. Besondere Empörung unter den Wahlmännern rief die Versendung eines Flugblattes kurz vor der Abgeordnetenwahl hervor, in dem über die Wandlungsfähigkeit Mehrings zu Felde gezogen wurde. Dieses Geschrei hat das direkte Gegenteil hervorgerufen, als die Verbreiter beabsichtigten. Mehring sollte getroffen werden, die Sozialpatrioten trafen sich selbst.

Und welch traurige Rolle hat der „Vorwärts“ in diesem Kampfe gespielt! Ueber die Wahlmänner-Ersatzwahlen am 21. Februar wußte das Vorwärtsblatt seinen Lesern mitzuteilen, daß das Ergebnis etwa $\frac{1}{3}$ zu $\frac{2}{3}$ sei; es tröstete seine Leser mit dem Hinweis, daß erst die Abgeordnetenwahl die Klärung bringen würde; man hoffte, die alten Wahlmänner auf der Seite der Regierungssozialisten zu haben. Das ziffernmäßige Resultat der Wahlmännerwahlen am 21. Februar teilte der „Vorwärts“ seinen Lesern, überhaupt nicht mit. In voriger Woche berichtete er über eine Versammlung der Sozialpatrioten in der Triftstraße, zu welcher sich die Wahlmänner im 11. Berliner Landtagswahlbezirk „zahlreich“ eingefunden hatten. Wer wie wir wußte, daß in dieser Versammlung nur einige Duzend Besucher anwesend waren, mußte ob dieses Schwindels lachen, aber andererseits die Leser bedauern, die so beschwindelt werden. Dann kam eine giftgeschwollene Notiz aus der Boffischen Zeitung, nach der wir uns ob des Ausganges der Reichstagswahl trösteten mit der Hoffnung auf die Landtagswahl und damit, daß wir mit Hilfe des Dreiklassenwahlrechts und des Terrorismus zu siegen hofften. Das verkündeten Leute, die angeblich Gegner des Dreiklassenwahlrechts sein wollen; Leute, die mit den bürgerlichen Gegnern verbündet in den Landtagswahlkampf gezogen waren.

Und nun gar der „Vorwärts“ nach dem Wahltag. Einen Achtungserfolg sollen die 42 Stimmen bedeuten für die „junge Organisation“, die als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands firmierte. Der „Vorwärts“ findet es auffällig, daß über 200 Wahlmänner ihre Stimme nicht abgegeben hätten, die Gründe, aus denen es geschehen sei, seien vielleicht noch zu prüfen. Aber ehe er diese Prüfung vorgenommen hat, ist der „Vorwärts“ sofort mit der Erklärung zur Stelle, daß „wohl nicht anzunehmen sei, daß es Anhänger Mehrings seien, die sich der Stimme enthalten haben“. Damit ist der „Vorwärts“ gründlich hineingefallen. Wir haben eben zahlenmäßig den Verbleib der Wähler nachgewiesen, die nicht zur Stimmabgabe erschienen sind, weil sie nicht erscheinen konnten; daß aber ziemlich restlos alle Wähler gewählt haben, die die Möglichkeit dazu hatten.

So wird der Kampf für „Wahrheit und Recht“ von den Sozialpatrioten geführt. Herabsetzung und Verächtlichmachung Andersdenkender, Entstellung, Vertuschung tatsächlicher Vorgänge und schließlich Beschwindelung der eigenen Parteigänger.

Die Bedeutung der Wahl.

Die Landtagswahl im 11. Bezirk hat nach verschiedenen Richtungen hin Bedeutung. Einmal bedeutet sie einen Protest gegen die schwere Ver-

urteilung und Rechtlosmachung des bisherigen Abgeordneten des Kreises, des Genossen Liehnecht. Dann einen Protest gegen das unsinnige Dreiklassenwahlrecht. Weiter sollte die Friedenssehnsucht der Wähler durch die Wahl Mehrings zum Ausdruck kommen und endlich mögen die Sozialpatrioten sich gesagt sein lassen, daß weite Kreise der Arbeiterschaft an die Politik der Gewaltmenschen vom Parteivorstande eine deutliche Absage erteilt haben. Unsere Genossen sind keine Sektierer, als welche sie gestempelt werden sollten, sondern umgekehrt wollen sie eine klare, den Interessen der Arbeiter dienende Politik verfolgt sehen. Unsere Genossen im 6. Wahlkreis hängen an ihrer Organisation, welche sie als ein Mittel betrachten, die Aufklärung über unsere alten sozialdemokratischen Grundsätze planmäßig und wirkungsvoll zu verbreiten.

Genosse Mehring, der neugewählte Landtagsabgeordnete, steht auf dem Boden der vom Zentralvorstande von Groß-Berlin in seiner Sitzung vom 15. November für die Politik der preussischen Landtagsfraktion festgelegten Richtlinien und wird sich der Fraktion alter Richtung (Hoffmann, Ströbel, Hoffmann, Hofer) anschließen.

Ein Jahr Vorkandsdiktatur.

Am 24. März war ein Jahr verflossen, daß die seit Kriegsbeginn in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorhandenen Gegensätze so hart aneinandergerieten, daß es zur Gründung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft kam. In dem Gewissenskonflikt zwischen formaler Fraktionsdisziplin und ehrlicher sozialdemokratischer Ueberzeugung, die die Kriegspolitik der Fraktionsmehrheit für unheilvoll und kriegverlängernd hielt, entschied sich die Fraktionsminderheit für ein klares, unzweideutiges und von keiner Kriegspolizei beeinträchtigt festhalten an dem Geiste und den Forderungen des Parteiprogramms, der Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Kongresse. Allzulange hatten die bei der Fraktionsmehrheit ausschlaggebenden sozialimperialistischen, nationalsozialen und sozialreformerischen Tendenzen die Vertretung einer entschiedenen und grundsätzlichen sozialdemokratischen Politik und das Eintreten für eine ehrlich-proletarische Friedensarbeit unmöglich gemacht. Die Geschäftsordnung der Fraktion wurde zu einem Knebel für den Sozialismus und die Demokratie. Der Begriff der Disziplin, die in dieser Bewegung nur einen Sinn hat, wenn sie in der sozialdemokratischen Ueberzeugung wurzelt, wurde von der Fraktionsmehrheit zum blinden Kadavergehorjam degradiert, und so kam, was kommen mußte: die Fraktionsminderheit schritt unter dem Gewissenszwange ihrer sozialdemokratischen Ueberzeugung zur Schaffung eines eigenen parlamentarischen Gebildes.

Inzwischen ist ein volles Jahr ins Land gegangen; der Weltbrand hat zwölf weitere Monate gewütet und noch mehr Völker in den Bereich seiner Flammen gezogen. Neue Hunderttausend sind ins Massengrab gesunken, neue Hunderttausend sind zu Krüppeln geworden, neue und schwerere Entbehrungen und Sorgen aller Art wurden dem Volke aufgeladen. Und noch immer kein Ende!

Gewiß, an all dem hat auch die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft nichts hindern können. Nur Narren und hämische Verleumder konnten von der kleinen Schar verlangen, daß sie mit einem Rud die aus den Jugen gegangene Welt wieder einrente. Dazu war ihr Wirkungsfeld zu klein und zu engbegrenzt. Als rein parlamentarische Gebilde mußte sie sich auf die Tätigkeit in einem Parlament beschränken, das man in der Regel nur einberief, wenn es als Bewilligungsmaschine gebraucht wurde; in einem Parlament, dessen Geschäftsordnung Minderheiten nicht viel Spielraum läßt, in einem Parlament, das ohnehin bei Kriegsausbruch wichtige Machtbefugnisse an den Bundesrat abgetreten hatte und mit einem Regierungsabsolutismus rechnen muß, der im preussischen Ministerium, im Herrenhause und im preussischen Dreiklassenparlament seine stärkste Stütze hat. Außerdem eint die gesamten Parteien des Reichstages, einschließlich jener Fraktion, die sich noch immer als die parlamentarische Vertretung der deutschen Sozialdemokratie aufspielt, der gleiche Kriegstrausch trotz aller sonstigen widerstreitenden Interessen. In allen wichtigen Kriegs- und Friedensfragen stand die kleine Arbeitsgemeinschaft einer geschlossenen Phalanx von Westarp bis Scheidemann gegenüber.

Außerhalb des Parlaments aber wurde ihre Wirksamkeit eingeengt und eingeschnürt durch die Fesseln des Belagerungszustandes. Die hinter der Arbeitsgemeinschaft stehende Presse hatte und hat bis auf den heutigen Tag mehr als jede andere mit den Fingern der Zensur zu rechnen. Nur in den seltensten Fällen konnten die Abgeordneten der Arbeitsgemeinschaft in öffentlichen Versammlungen zu breiteren Volksschichten reden und ihre Anschauungen restlos darlegen.

Angesichts solcher Hemmungen konnte die kleine Fraktion im Laufe eines Jahres keine weiterführenden Taten vollbringen und der Weltkatastrophe Einhalt gebieten. Und das um so weniger, als die ehrlich friedensliebenden Sozialisten in allen Ländern in ziemlich gleicher Lage waren und auch ihren Regierungssozialisten gegenüber einen schweren Stand hatten. Es ist daher ein unehrlich Spiel, wenn die Sozialimperialisten und Regierungssozialisten, die sich des Wohlwollens und der Protektion der Regierungsstellen und bürgerlichen Parteien erfreuen (siehe Spandau-Osthavelland usw.) über die angebliche Unfruchtbarkeit der Arbeitsgemeinschaft höhnen. Töricht ist es aber auch, wenn aus den ganz links stehenden Gruppen, in Verkennung der realen Verhältnisse und auf Grund von Anschauungen, die ihre Argumente mehr bei Bakunin als bei Marx holen, leidenschaftliche Anklagen gegen die Arbeitsgemeinschaft erhoben werden, Anklagen, die wohl angefaßt der durch die Kriegswirkungen erzeugten Verbitterung, Enttäuschung und des Gefühls der Ohnmacht — hängt doch der Kriegszustand dem sozialistischen Tatendrang zahllose Bleigewichte an die Beine — psychologisch verständlich sind, damit aber nicht um ein Haar stichhaltiger werden. Gewiß, in manchen Einzelfragen hätte man von der Arbeitsgemeinschaft mehr Initiative, mehr Klarheit, mehr Entschlossenheit wünschen können, im ganzen genommen hat sie aber geleistet, was sie unter den gegebenen Verhältnissen leisten konnte: sie hat an einer nur mit halber Kraft laufenden Parlamentsmaschine in sozialdemokratisch-proletarischem Sinne zu arbeiten gesucht, sie hat einen Kristallisationspunkt geschaffen, an den sich nach und nach das Gros der Parteigenossen angeschlossen, die von der Kriegspolitik und Rechnungsträgerei der Regierungssozialisten abgestoßen wurden, und sie hat dem Auslande gezeigt, daß auch in Deutschland und in der deutschen Sozialdemokratie eine allen imperialistischen Tendenzen feindlich gegenüberstehende, entschiedene Friedensströmung vorhanden ist.

Unter dem Prüstlein unseres Parteiprogramms und unserer Parteigrundsätze kann also die Arbeitsgemeinschaft nach einjähriger Tätigkeit wohl bestehen. Und auch unser Organisationsgebäude hätte unter ihrer Tätigkeit nicht zu leiden brauchen, wäre darin nicht die Demokratie von den derzeitigen Machthabern des Parteiapparates zum Aschenbrödel degradiert worden. Keiner davon, die die Arbeitsgemeinschaft gegründet und die sie gebilligt und sich hinter sie gestellt haben, hat vor Jahresfrist daran gedacht, „die Partei zu spalten“. Alle gingen von dem Gedanken aus, daß die Scheidung der Fraktion (die ja weder nach dem Statut noch nach den Parteitraditionen die organisatorische Spitze der Partei, sondern in ihrem Tun und Lassen der Gesamtpartei verantwortlich ist) ein aus den Ausnahmeverhältnissen eines jahrelangen Kriegszustandes entstandener rein parlamentarischer Vorgang sei. Das entscheidende Urteil darüber hätte der nächste Parteitag sprechen müssen, nachdem die einzelnen Wahlkreisorganisationen sich mit den von ihnen aufgestellten Abgeordneten auseinandergesetzt und ihre Haltung gebilligt oder verurteilt hätten. Der Parteitag — natürlich ein unter allen parteidemokratischen Garantien und unter Mitwirkung der heute im Felde stehenden Genossen zustande gekommener Parteitag — hätte der parlamentarischen Vertretung der Partei im Reichstage seinen Entscheid und Willen aufgezwungen, die Zweiteilung der Fraktion wäre eine Kriegsepisode gewesen, und die Partei hätte geschlossen an die großen Kämpfe herantreten können, die ihrer nach Kriegsende harren.

Aber diese klar vorgezeichnete, ehrlich-demokratische Erledigung der Parteidifferenzen lag nicht im Sinne der Männer, denen der Parteitag des Jahres 1913 vertrauensvoll die Leitung der Partei in die Hände gelegt hatte. Wären diese Männer wirklich überragende Persönlichkeiten mit politischem Weitblick, wären ihnen die Lehren der Geschichte zu fruchtbringendem geistigen Eigentum geworden, hätten sie bei aller sachlichen Gegner-

schaft demokratisches Taktgefühl und menschliches Verständnis für schwierige Lage der Opposition gehabt, die bei Belagerungszustand, Zensur, Schughast, Justiztionen usw. usw. in der offenen und erschöpfenden Darlegung ihrer Ueberzeugung gehemmt wurde, — ist es doch selbstverständliche Pflicht des Vorstandes einer demokratischen Partei, die Rechte aller Mitglieder wahrzunehmen, solange sie auf dem Boden des Parteiprogramms stehen und ihren Parteipflichten nachkommen, und nicht nur die zu erziehen, die mit ihnen durch die Partei verbunden sind, — kurz, hätte der derzeitige Vorstand nur eigenmächtig in diesen schweren Kriegsjahren gerechtfertigt, das ihm bei seiner Wahl vor vier Jahren entgegengebracht wurde, er hätte die Weiterbewegung vor schweren Erschütterungen beharren und das Parteischiff heil und ganz durch den brandenden Bogen des Weltkrieges in den Odenshafen steuern können.

Aber nichts von alledem geschah. Die Männer, denen die Leitung der Parteiorganisation übergeben war, waren als Parlamentarier viel zu sehr auf eine Kriegspolitik besetzt, die sich trotz aller Demagogie und Robullistik nicht mehr in Einklang bringen läßt mit Geist und Wesen des Parteiprogramms, ja sie sind sogar zu Hauptträgern und Aposteln dieser Kriegspolitik geworden, haben dann die Regierungssozialisten der anderen Länder auf dem gleichen Wege wärtsgepeitscht und tragen dafür ein gerüttelt und geschüttelt Maß Mitschuld, wenn das Völkergewohl noch in das vierte Jahr hineingeht. Sie Besorgnis vor der kommenden Abrechnung mögen das die Vorstandsherren auch ableugnen und sich im Innern selbst darüber hinwegzusetzen suchen — ist letzten Endes der Grund, daß ihre persönliche Ueberzeugung in allen Fragen der Kriegspolitik mit allen ihnen zur Verfügung stehenden organisatorischen Machtmitteln und mit Hilfe des ihnen unter anderen Verhältnissen und an anderen Voraussetzungen ausgelieferten Parteiapparates der Gesamtpartei als Richtschnur aufzuwickeln wollen. Was sie als Parlamentarier gesüßigt haben, wollen sie als Organisationsführer & Tugendstempel, und ihr „sozialdemokratisches Kriegsglittergold“ den Parteigenossen als edles Edelmetall aufdrängen. Daneben und während sie spielen auch (mag man über diese Feststellung noch so Feter mordio schreien) menschlich und psychologisch begreifliche Sorgen und Schmerzenswegen der persönlich materiellen Stellung eine Rolle.

Nur aus diesen Gründen ist zu verstehen, daß vor Jahresfrist der Bildung der Arbeitsgemeinschaft die rücksichtsloseste Vorkandsdiktatur auf dem Fuße folgte. Und ebenso verständlich ist, daß das Gros der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, der Parteiausschüsse usw., für die die gleichen psychologischen Voraussetzungen zutreffen wie für die Vorstandsherren, sich als willige Schutztruppe für die Vorkandsdiktatur hergeben. In der Wahl der Mittel war und ist man dabei nicht sehr wählerisch: jede unklare, fanatisch-leidenschaftliche und die Tatsachen-Wirklichkeit vertennende Äußerung aus einer der extrem-radikalen Gruppen, die sich vom Hauptstamme der Gegner der Regierungssozialisten abgesondert haben, wurde der Gesamtopposition aufs Schuldkonto geschrieben. So wurde wider besseres Wissen die Parole der Beitragsperre der ganzen Opposition als Verbrechen angekreidet, obwohl die erdrückende Mehrheit in großen geschlossenen Organisationen, die sich hinter die Arbeitsgemeinschaft gestellt hatten, diese Parole als ein ungeeignetes Mittel am ungeeigneten Objekt verwarf.

Schlag auf Schlag, sich von Tag zu Tag steigend — das liegt ja im Wesen jeder Gewaltpolitik — hat die Vorkandsdiktatur gewütet. Einen Tag nach der Gründung der Arbeitsgemeinschaft, am 25. März, wurde der Vorstehende der Partei, Genosse Haase, aus dem Vorstande herausgeekelt, es folgte die statutenwidrige Verhängung der Vorstands-Präventivzensur über den „Vorwärts“, der perfide Streich der Groger-Thurrow-Leute in Teltow-Beeslow. Jede Notwehraktion der Opposition wurde mit neuen Büttelstreich beantwortet. Es kam die Gründung von vorkandsstreuen Sonderorganisationen, es kam der mit Hilfe der Mächte des Belagerungszustandes unternommene Gewaltstreik des Vorstandes auf den „Vorwärts“. Ein Keil trieb den anderen; auch in der Provinz wurde in Ost und West das Parteigebäude durch die Vorkandsdiktatur auseinandergetrieben. Die wunderbare Lösung von dem „sich außerhalb der Partei stellen“ wurde erfunden und nun hat es der Parteivorstand soweit,

daß das, was er in unehrlich-demagogischer Weise die „Gesamtpartei“ nennt, eine klägliche Trümmerstätte darstellt, von der noch immer mehr abbröckeln und abfallen muß. Und wenn die Herren, die die Geschäfte der Vorstandsdictatur besorgen, unter dem atembeklemmenden Eindruck der Vorgänge in Rußland nach mehr Demokratie schreien und starke Töne auch gegen den solange begünstigten Reichszentraler Bethmann-Hollweg finden, so kann dieser Schrei nach Demokratie nicht ernst genommen werden, nachdem man der Demokratie im eigenen Hause die Kehle zugeschnürt hat.

Der Opposition aber ist jetzt ihr Weg klar vorgeschrieben. Sie kann nicht mehr mit einer Handbewegung abgetan werden, sie kann auch nicht mehr mit dem Hinweis auf die Bewegung der „Jungen“ und „Unabhängigen“ als Eintagsfliegen verhöhnt werden. Dazu stehen zu große, kompakte, aus acht und zehn Wahlkreisen bestehende Organisationen hinter ihr, dazu ist auch das Weltgeschehen zu gewaltig, auf dessen Boden sie entsprungen ist. Sie muß die Früchte ernten, die die Vorstandsdictatur ihr wider Willen im Laufe eines Jahres reifen ließ. Denn heute sind Tausenden von Parteigenossen die Augen geöffnet, so daß sie deutlich sehen, auf welcher Seite das Recht und auf welcher die brutale Gewalt zu finden ist. Feister Zusammenschluß ihrer Kräfte, das ist die nächste Aufgabe der Opposition; ihrer parlamentarischen Vertretung, der Arbeitsgemeinschaft, jetzt im zweiten Jahr ihres Bestehens ein festes, organisatorisches Rückgrat zu verleihen, die zweite Aufgabe.

Große Entscheidungen künden sich an. Möge die Opposition das in den Staub gezogene Banner des internationalen Sozialismus wieder aufraffen und stolz im Sturmwind wehen lassen!

Der Generalstab der Umlerner.

Wir lesen in der J. A.: „Eine sächsische Korrespondenz teilt mit, daß Gen. Ernst Heilmann die Leitung der „Chemnitzer Volksstimme“ demnächst aufgibt. Wir können hinzufügen, daß Genosse Heilmann unserer Bitte, die Chefredaktion der „Internationalen Korrespondenz“ zu übernehmen, entsprechen wird. Wir hoffen, daß er seine neue Tätigkeit schon in wenigen Wochen antreten kann, um bei dem weiteren Ausbau unseres Unternehmens behilflich zu sein. Inzwischen erweitert sich der Kreis unserer ständigen Mitarbeiter rasch. Wir zählen zu ihnen neben der Redaktion insbesondere die Abgeordneten Max Cohen, Dr. Eduard David, Konrad Haensch, Dr. Paul Lensch, die Gewerkschaftler Wilhelm Jansson, Paul Umbreit, Theodor Thomas, August Winning, dann Heinrich Cunow, Gertrud David und Andere. Der Beirat der J. A. besteht aus Kurt Baake, Albert Baummeister, Heinrich Cunow, Dr. Eduard David, Ernst Heilmann und Wilhelm Jansson. Wir hoffen, daß es uns bei dieser und weiter zu erwartender Mitarbeit gelingen wird, der Presse auf unseren besonderen Gebieten noch mehr als bisher nützlich zu sein.“

Unsere Genossen können der J. A. nur dankbar sein, daß sie die obenstehenden Namen bekannt gibt. Denn der Arbeiterschaft kann dadurch die Quelle aufgedeckt werden, aus der sozialimperialistische und sozialpatriotische Gewässer sprudeln, die den empfindlichen Emanzipationskampf der Arbeiterklasse zerbrechen und auflösen sollen. Die obengenannten Herren bilden gleichsam den Generalstab der neuorientierten Schaar derer, die in der Politik des 4. April das Heil der Welt erblicken. Sie bilden die Zentrale jener wohlorganisierten und systematischen Bearbeitung der Arbeiter im Sinne einer unerbittlichen „Realpolitik“, die in Wirklichkeit eine unehrliche Illusionspolitik ist. In enger Geschäftsverbindung mit diesem Generalstabe der J. A. steht dann weiter die „Globe“, der „Vorwärts“, der „Borwirts“, das „Laake'sche Korrespondenzunternehmen“ usw. Finanziert aber werden alle diese Unternehmungen direkt oder indirekt mit Verfassungsmitteln, über die die Gewerkschaftsführer ja auch uneingeschränkt verfügen können. Und wenn es nicht mit direkten Geldzuwendungen machen, so tun sie es wenigstens auf die „Freiheitspost“, die die J. A. als Organisationsweg und mit Organisationsmitteln, die gleiche Dienste. Natürlich läßt es auch der Parteivorstand an der materiellen und indirekten Förderung dieser Unternehmungen nicht fehlen. Auch ein zum Kriegsmillionär gewordener ehemaliger revolutionärer Sozialist läßt sich die sozialimperialistische Aufklärungsarbeit etwas kosten.

Die Opposition, die nicht über so reiche Mittel und so einen weitverzweigten Apparat verfügt, darf diese großorganisierte Brunnenerfassung nicht leicht nehmen. Sie muß alle Kräfte anspannen, um der sozialimperialistischen Verführung der Arbeiterklasse durch die J. A.-Leute und deren Bundesgenossen entgegenzuwirken.

Scheidemann und Longuet.

In der deutschen Mehrheitspresse wird noch heute hartnäckig die Meinung vertreten, daß zwischen der von Scheidemann geführten „Mehrheit“ und dem rechten Flügel der französischen Minderheit unter Führung

Longuets kein Unterschied bestehe, und daß deshalb einer „Verständigung“ zwischen der deutschen Mehrheit und der französischen Minderheit (mit Ausnahme natürlich der vermaledeiten Kienthaler) eigentlich nichts im Wege stehe. Dieser rein mechanischen Auffassung die zudem auf die Unkenntnis der französischen Partei verhältnisse spekuliert, tritt ein sehr instruktiver Artikel der „Nachrichten des Auswärtigen Sekretariats des Organisationskomitees der russischen Sozialdemokratie“ entgegen, der die gegenwärtigen Strömungen in der französischen Partei behandelt. Nach einer Kritik der Halbheiten und Kompromisseleien der Longuet'schen Opposition warnt das Blatt (das den Standpunkt der Zimmerwald-Kienthaler vertritt) davor, die zu Teil der französischen Minderheit mit der französischen Mehrheit, oder gar mit der deutschen Mehrheit in einem Topf zu werfen. Zwischen dieser und jener Klasse läßt sich heute ein schwer zu überbrückender Abstand, der dadurch nicht überwunden wird, daß die Scheidemann'schen bereit sind, unter Hinweis auf den gemeinsamen „Kampf für den Frieden“ Longuet ihre brüderliche Hand entgegen zu strecken.

„Die ärmere Ähnlichkeit, die auf eine Verwandtschaft dieser beiden Gruppen hinweist, beschränkt sich lediglich auf die Tatsache, daß ihr Streben nach der Liquidation des Krieges nicht einer aktiven, selbständigen und bewußten Formulierung der nächsten Ziele der proletarischen Bewegung entspringt, sondern ihrer spontanen Unterordnung unter die unüberwindlichen äußeren Bedingungen, d. h. unter die gescheiterte militärisch-politische Lage. Aber während für Scheidemann u. Co. der Kampf um den Frieden in der Wirklichkeit noch auch nur formell einen Zweck des Bürgerfriedens bedeutet — denn der Friede kann für die imperialistische Bourgeoisie nicht ohne Vorteile sein — dafür hat Hindenburg gesorgt — bedeutet in Frankreich selbst ein schüchternes und inkonsequentes Kampf um den Frieden in Wirklichkeit, wenn auch nicht formell, eine Zertrümmerung der „heiligen Einigkeit“.“

In Deutschland bilden die Scheidemann's, indem sie ihre Agitation für den Frieden entfalten, die einen Teil des imperialistischen Ganzen, einen Teil, der die — wenn auch gemäßigten — Bedingungen des siegreichen deutschen Friedens formuliert. Nichts, so weit sie, in Folge demokratischer Vorurteile die Erhaltung des status quo im Westen mit Annehmlichkeiten im Osten vereinigen, haben sie ihr Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie nicht nur nicht geschwächt, sondern an neuen Punkten anknüpfen. Dagegen tritt die gemäßigte französische Opposition nach seiner Seite hin an eine der treibenden Kräfte der auswärtigen Politik des Landes an. Die Verwirklichung ihrer Forderungen bedeutet, selbst bei der Aufrechterhaltung des territorialen status quo, die vollständige Niederlage der imperialistischen Politik ihrer Regierung. In Deutschland kann deshalb die Parole der Beilegung des Krieges durchaus im Einklang stehen mit verschämter Liebedeckerei gegen die eigene Regierung und nur eine Anstrengung innerhalb des nationalen Bundeswillens, — in Frankreich dagegen prengt diese Parole den Bürgerfrieden und schafft die Bedingungen für die Rückkehr der Sozialdemokratie in die alten revolutionären Bahnen, in die Bahnen der selbständigen Bestimmung der Schicksale des Proletariats und der ganzen Menschheit. In Frankreich stellt die Parole des Friedens die betreffende politische Gruppe außerhalb des „heiligen Bundes“ der Söhne des Vaterlandes.

Deshalb — so schreibt das Organ unserer russischen Genossen — muß man bei aller notwendigen Kritik, die uns die von Halbheiten erfüllte Parole der Minderheit aufzwingt, und bei aller begründeten Ungeduld, die sie heraufbeschwört, trotz allem anerkennen, daß die französische Minderheit auf dem Wege ist, der sie notwendig in unser Lager führen muß. Da man dies selbst bei der wohlwollendsten Beurteilung der Haltung der deutschen Mehrheit von ihren betreffenden Vorführern weniger als je zuvor behaupten darf, so tritt der Abstand zwischen ihnen und der gewählten französischen Opposition immer deutlicher hervor. Während diese, die Wirrnisse der Kriegszeit allmählich überwindend, durch das Diktat der „heiligen Einigkeit“ aufwärts schreitet, sinkt die deutsche „Mehrheit“ immer tiefer in den Sumpf des bürgertümlichen Nationalsozialismus hinab.

Gerade jetzt verjucht der „Vorwärts“ (in seiner Nummer vom 6. März) aufs neue, die politische Haltung der deutschen Parteimehrheit auf eine Linie mit der französischen Minderheit zu stellen. Im Anknüpfen an eine Haasemeldung über den französischen Rat, formuliert er die Gleichheit der Grundzüge beider Gruppen so: sie bewilligen die Kredite, kämpfen gegen Anexionen und treten für die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen ein. Das mag unkritischen Gemütern genügen, andere werden fragen, ob nicht die politischen Handlungen der deutschen Mehrheit dem Lippenbekenntnis gegen Anexionen zuwiderstehen, und ob nicht ihr ganzes Auftreten während des Krieges innerhalb und außerhalb der Partei ein so unüberbrückbares Hindernis für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen bilden muß. Das unsere Schuld ist es nicht, erklingt so oft aus dem Munde der deutschen Parteimehrheit, daß eigentlich auch der autarkistische Parteigenosse stutzig werden muß, eine These, die so oft verteidigt werden muß, täglich einer eingehenden Prüfung standhält.

Die Lebensmittelnot in Frankreich und England.

Die Lebensmittelfrage wird auch in England und Frankreich immer schwieriger. In Frankreich hat man vor kurzem erst nach Kohlen und dann nach Getreide „gestanden“, was in England macht sich vor allem eine außerordentliche Anaptheit an Kartoffeln bemerkbar. Ob diese Tatsachen allein eine Folge des uneingeschränkten U-Booskrieges sind, soll hier unerörtert bleiben. In Frankreich zum mindesten könnte die Ursache u. a. auch

in der außergewöhnlichen Stärke gesucht werden, die die genügende Ausnutzung des weitverzweigten Kanalnetzes zu Transportzwecken verhindert. — Vor allem scheint es uns ratsam, nicht übertriebene Erwartungen auf die Lebensmittelnot bei den anderen Völkern zu setzen. Wir sehen täglich, wieviel ein Volk zu ertragen vermag, und eine Frankreich und England die gleiche Stufe der Not erreicht haben, kann noch eine lange Zeit vergehen. Vor kurzem sind in England die Lebensmittelvorräte fast gänzlich und danach geprüft worden, wieviel der hauptsächlichsten Lebensmittel pro Kopf gebraucht werden dürfen. Als diese notwendigen Lebensmittel werden Fleisch, Brot und Zucker bezeichnet. Man hofft, ohne zwangsmäßige Beschränkung auszukommen, wenn jeder daran denkt, daß die Zwangsmassnahmen eine Menge Arbeitskräfte kosten, die nicht unnötigerweise der Industrie entzogen werden dürfen.

Brot soll nicht mehr als 3 1/2 Pfund in deutschem Gewicht pro Woche verbraucht werden. Wir dürfen 3 1/2 Pfund beziehen. Dagegen soll auf den englischen Haushalt pro Kopf und Woche 2 1/2 englische Pfund, das sind 2 1/2 Pfund deutsches Gewicht an Fleisch fallen. In Berlin werden augenblicklich 250 Gramm, also ein halbes Pfund, als erlaubt bezeichnet, und leider muß festgestellt werden, daß wir trotz unseres ungeheuren Juterrübenbaues, dem England, wie Herr Helfferich noch kürzlich betonte, nichts gleichzusetzen hat, auch weniger Zucker erhalten als der britische Staatsbürger. Wir dürfen alle 15 Tage 375 Gramm erhalten, während den englischen Familien pro Kopf und Woche 340 Gramm zugebilligt werden. Ueber Kartoffeln ist nichts vorgezeichnet, aber man darf schon annehmen, daß sie in England knapp sind — der beste Beweis sind die in den Zeitungen erscheinenden Rezepte für „kartoffellose Tage“ — nur fehlt dem Mangel an Kartoffeln das Vorhandensein von Gemüse und Obst in ausreichender Menge gegenüber, das vom deutschen Markt augenblicklich ganz verschwunden ist.

Natürlich ist es fraglich, ob auf die Dauer in England die gleichen Nationen aufrecht erhalten werden können, oder ob der U-Booskrieg eine Reduktion nötig machen wird, aber der Anruf des Nahrungsmitteldiktators oder Kontrollieurs, wie er in England genannt wird, ist am 3. Februar veröffentlicht, zu einer Zeit, wo die deutsche Ankündigung des unbeschränkten U-Booskrieges bekannt war. Zweifellos hat man also die Torpedierung von Frachtschiffen in Rechnung gestellt, und es bleibt immerhin beachtenswert, daß man trotzdem noch nicht zu Zwangsmassnahmen übergeht, sondern sich mit einer allgemeinen Mahnung begnügt.

Den ärmeren Klassen wird das Einhalten der festgesetzten Proportionen am schwersten werden. Sie können das Fleisch nicht in der erlaubten Menge konsumieren, weil es zu teuer ist, und ebenso geht es mit dem Zucker. Sie müssen sich also am Brot schadlos halten und werden die ihnen auferlegte Beschränkung des Verbrauchs ebenso empfindlich spüren wie wir hier, wie ja überhaupt die eigentlichen Leidtragenden im Kriege überall die proletarischen Schichten sind.

Aus der Bewegung.

In Berlin haben am Dienstag, den 21. März vier Versammlungen der Wahlvereine Berlin 3, 4, 6 und Neukölln stattgefunden, in denen die dem Reichstage vorliegenden Steuerentwürfe von Abgeordneten behandelt wurden. Die Versammelten stimmten den Ausführungen der Referenten zu, nach denen mit Entschiedenheit Front gemacht werden muß gegen die indirekten Steuern, die die breiten Massen des Volkes auf Schwere belasten. Besondere Freude erregte in allen Versammlungen der siegreiche Ausgang der Landtagswahl am 11. Berliner Landtagswahlbezirk.

Lichtenberg. Veranlaßt durch die Wagnahmen des Parteivorstandes hat sich auch in Lichtenberg eine Ortsgruppe des Parteivorstandes gegründet. Eine Konferenz sämtlicher Funktionäre Lichtenbergs, zu der gleichfalls unsere Stadtverordneten zugezogen und teilweise auch erschienen waren, beauftragte die Bezirksleitung, unsere Stadtverordneten zu befragen, ob dieselben auch fernerhin der alten Zentralorganisation Groß-Berlins angehören wollten, oder ob sich dieselben der neuen Parteivorstands-Organisation anzuschließen gedenken? Der Bezirksleitung wurde durch den Genossen Mirus im Auftrage von 13 Stadtverordneten die Mitteilung, daß sich diese 13 Stadtverordneten nicht mehr zur alten Berliner Organisation rechnen, und sich der Parteivorstands-Organisation angeschlossen hätten. Ihren Austritt begründeten dieselben damit, daß sie durch einen früheren Versammlungsbeschluss, daß diejenigen, die den Beschluß der Generalversammlung von Groß-Berlin, den „Vorwärts“ betreffend, nicht befolgen, nicht mehr Funktionäre sein könnten.

Unsere Mitgliederversammlung vom 16. März, die wiederum von einem Polizeileutnant und einem Kriminalbeamten überwacht, trotzdem kein Referat vorgelesen war, nahm zu dieser Angelegenheit Stellung und kam nach eingehender Debatte zu folgendem Beschlusse:

Die Mitgliederversammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die durch das weitgehende Vertrauen der Lichtenberger Genossen zu Stadtverordneten gewählten Genossen ihrer alten Parteiorganisation den Rücken gefehrt haben, und beschließt, die Namen der ausgetretenen Stadtverordneten im Mitteilungsblatt zu veröffentlichen, und den Genossen zur Kenntnis zu bringen, mit dem Bemerkten, daß sie diese Stadtverordneten nicht mehr als Vertreter der Lichtenberger Parteigenossen betrachten können.

Die Namen der durch den Genossen Mirus mitgewählten ausgetretenen Genossen sind nachfolgende:

- Abraham, Kohlenhändler,
- Aug. Becker, Gewerkschaftsangehelliger,
- Clas, Fuhrherr,
- Günter, Konsumangestellter,
- Geckert, Schankwirt,
- Otto John, Krankentassenangestellter,
- Riem, Maurer (Hausbesitzer),
- Ludwig, Kaufmann,
- Mirus, Konsumangestellter,

Peterhänsel, Gewerkschaftsangehelligter,
Th. Ritter, Krankenkassenangehelligter,
Sander, Zimmermann (Hauseigentümer),
Berther, Porzellanmaler (Hauseigentümer).

Des Weiteren weisen wir darauf hin, daß die für den 21. März geplante Besichtigung der Krankenkasse leider wegen der öffentlichen Impfungen auf Sonntag, den 23. März, nachmittags 5 Uhr, verschoben werden mußte.

Der Vorstand.

Tempelhof. Am Dienstag, den 20. März, hielt der Wahlverein eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab.

Genosse Zubeil beleuchtete ausführlich die von der Regierung vorgeschlagenen neuen Steuern und verwies auf die großen Nachteile, welche durch dieselben für die armen Volksschichten entstehen.

Weiter besprach Redner die Zustände im Kreise Teltow und ersuchte die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß endlich wieder gesunde Zustände im Kreise eintreten.

In der Diskussion befaßten sich fast alle Redner nur mit den letzten Ausführungen des Genossen Zubeils. Sie vertraten den Standpunkt, daß nur durch einen Zusammenschluß mit der Arbeitsgemeinschaft die Aktionsfähigkeit des Kreises erhalten werden kann. Für einen Antrag, ob die Mitglieder für einen Zusammenschluß oder nur für ein Zusammengehen mit der Arbeitsgemeinschaft sind, stimmten 31 für Zusammenschluß, 2 waren dagegen, eiliche enthielten sich der Stimme.

Ueber die Parteiverhältnisse in Cöpenhagen enthält eine Erklärung des Bezirksvorstandes folgende tatsächliche Feststellungen:

Der Bezirksvorstand des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Cöpenhagen stellt mit Bedauern fest, daß der Parteistreit bereits zur Spaltung der größten Kreisvereine unseres Bezirks geführt hat. Die Beschlüsse der Generalversammlungen für die sozialdemokratischen Vereine Königsberg i. Pr. am 18. Februar und Königsberg-Land-Fischhausen am 4. März sind von den unterlegenen Minderheiten zum Anlaß genommen worden, sich gesondert zu organisieren. Die Minderheiten begründen ihr Vorgehen mit der Behauptung, die alten sozialdemokratischen Vereine seien durch diese Generalversammlungsbeschlüsse aus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschieden.

Der Bezirksvorstand erachtet diese Behauptung für offenbar unrichtig. Der ausdrückliche Wille beider Vereine war vielmehr darauf gerichtet, gemäß Programm und Parteitagbeschlüssen in der Partei weiter zu wirken. Gegen ihren Willen können aber Parteimitglieder nur auf Grund der Bestimmungen unseres Organisationsstatuts aus der Partei ausgeschieden werden, also nicht durch Verfügungen des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses oder gar wie in Königsberg, durch Beschluß einer in der Generalversammlung unterlegenen Mitgliedergruppe.

Der Bezirksvorstand erklärt daher, daß nach wie vor nur die bisherigen sozialdemokratischen Vereine für Königsberg i. Pr. und für Königsberg-Land-Fischhausen als die rechtmäßigen sozialdemokratischen Kreisvereine anzuerkennen sind und daß die neugebildete Sonderorganisation unvereinbar ist mit unserem Organisationsstatut, das nach § 2 für jeden Reichstagswahlkreis nur einen sozialdemokratischen Verein zuläßt, dem jeder im Wahlkreis wohnende Parteigenosse als Mitglied anzugehören hat.

Der Bezirksvorstand verurteilt entschieden die vertragswidrige Ausschaltung der rechtmäßigen Redakteure und der rechtmäßigen Pressekommission der Königsberger Volkszeitung durch die Geschäftsführer, sowie die rechtswidrige Entlassung der Genossen Mertins und Mittwoch.

Aus Danzig wird uns geschrieben: Am Sonntag, den 11. März, beschloß eine von 150 Personen besuchte Versammlung des zweiten Bezirks (Altstadt) des sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt einstimmig folgende Resolution:

Die heutige Versammlung des zweiten Bezirks weist die fortgesetzten falschen und bewußt unwahren Unterstellungen der Volkswacht, des Provinzvorstandes und der Danziger Parteileitung mit aller Entschiedenheit zurück. Nicht die Opposition, sondern der Parteivorstand und seine Anhänger zertrümmern die Organisation. Sie haben in Gemeinschaft mit der Gewerkschaftsbürokratie in der deutschen Arbeiterbewegung an Stelle der Demokratie die Herrschaft der Gewalt der Bürokratie gesetzt und verstoßen die freie Meinungsäußerung in brutaler Weise.

Ein Ausschlußverfahren, wie es in Danzig und überall sonst in der Partei geübt wird, ist ein schamloser Bruch des Parteirechts, wie es im Organisationsstatut der Partei niedergelegt ist. Dieses Verfahren ist um so empörender, als es selbst gegen Parteimitglieder angewandt wird, die der Partei lange Jahre in uneigennützigster und idealster Tätigkeit gedient haben.

Die Versammlung erklärt sich deshalb solidarisch mit all den widerrechtlich Angeeschlossenen und fordert die noch im sozialdemokratischen Verein (Danzig-Stadt) Verbliebenen dringend auf, ein Gleiches zu tun. Sie beschließt, sich als selbständige Organisation unter dem Namen: „Sozialdemokratischer Verein, Danzig-Stadt und Land“ zu konstituieren.

Die Volkswacht, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Opposition mit allen Mitteln zu bekämpfen, und in deren Spalten seit 1 1/2 Jahren nur die Anfeindungen des Sozialimperialismus, nicht aber die des Sozialismus zum Ausdruck kommen, können die Versammlung nicht mehr als ihr Organ betrachten. Sie empfehlen, die Leipziger Volkszeitung, den Braunschweiger Volksfreund oder das Mitteilungsblatt der Berliner Genossen zu abonnieren und Preis für die Abonnenten dieser Zeitungen zu gewinnen, bis die Preisfrage in anderer zufriedenstellender Weise geregelt ist.

Die Stellung Gothas. Eine Konferenz des Wahlkreises Gotha (und am 11. März d. J. in Gotha statt). Sie war einstimmig der Meinung, daß die Politik des Parteivorstandes sowie der Fraktion keine Arbeiterpolitik ist, sondern eine Regierungspolitik. Die Konferenz ist der Ueberzeugung, daß der Parteivorstand, indem er die Genossen, die sich streng auf dem Boden des Parteiprogramms und der Parteitagbeschlüsse stellen und sich deshalb zur sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft bekennen, als außerhalb der Partei stehend erklärt, die Arbeiterchaft gewalttätig in das Lager der Regierungspolitik treiben will.

Die Konferenz verurteilt diese Gewaltmaßregel des Parteivorstandes als das schärfste und erkennt gegenwärtig nur die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft als die wirkliche Vertreterin der Arbeiterinteressen an. Die Konferenz fordert die Genossen auf, die Agitation für die Arbeitsgemeinschaft in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der gesamten Arbeiterchaft mit erhöhtem Eifer fortzusetzen.

Arbeiterbildungsschule.

Sonntag, den 23. März: Zweiter musikalischer Vortrag in der Vortragsreihe über Ludwig van Beethoven. Genosse Leo Kestenberg wird im besonderen behandeln: Die Klavierwerke an den kleinen Klavieren: die soziale Stellung des Klaviers. Ende der musikalischen Weltberührung Italiens. Beethoven in Rom.

Die Vorträge werden am Klavier musikalisch erläutert.

Anfangspunkt pünktlich 8 Uhr. — Eintrittspreis 20 Pf.

Die Bibliothek der Schule ist nach Beendigung der Kurse wieder Donnerstags abend von 8—9 Uhr geöffnet.

Auch die Mitglieder der Groß-Berliner Wahlvereine seien auf die Bibliothek aufmerksam gemacht. Diese steht jedem Parteimitgliede gegen kurzweilige Rezitation (Mitgliedsbuch usw.) unentgeltlich zur Verfügung.

Aus den Organisationen.

1. Wahlkreis. Am Mittwoch, den 28. März, abends 8 Uhr: Extra-Bahlabend im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 14-15.

Parteilosen und Genossinnen! In Anbetracht der äußerst wichtigen Vorgänge innerhalb der Partei ist es vitales Interesse jedes Einzelnen bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Der 4. Wahlkreis veranstaltet am Montag, den 9. April (2. Osterfesttag) in Obiglos Festsälen, Köpenickerstraße 29, ein Konzert, unter Mitwirkung des Violoncellisten Julius Scharenberg, erster Konzertmeister des Philharmonischen Orchesters, der Konzertführerin Anna Gärner und des Männerchor Narrenlos.

Der Vorstand glaubt mit dieser Veranstaltung in dieser schweren Zeit der Arierstunde einem Bedürfnis zu entsprechen und einige Stunden guter Unterhaltung zu bieten, zumal der Preis von 40 Pf. ein besonders niedriger ist, aber nur durch zahlreiche Beteiligung erzielt werden kann. Das Konzert beginnt abends 7 Uhr.

Neukölln. Am Montag, den 26. März, abends 8 Uhr findet in den Passage-Festsälen, Pergstr. 150, der gemeinsame Lesabend statt. Vortrag über „20 Jahre Frauenbewegung am Ort“. Es wird erwartet, daß die Genossinnen sich recht zahlreich zu diesem Lesabend einstellen.

Neukölln. Einen Unterhaltungsabend veranstaltet der Wahlverein am Sonntag, den 1. April wieder in den Passage-Festsälen, Pergstr. 150. Das Programm enthält einen Lichtbildervortrag mit Rezitationen: „Die fromme Helene“ von Wilhelm Busch, ein Streichquartett und weitere Rezitationen des Regisseurs Herrn Ballotte. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pfennig einzeln. Garderobe und bei den Festsälen und im Bureau des Wahlvereins zu haben. Ein etwaiger Ueberschuß wird dem Wahlverein zu erhaltenen Kinderheimen zugeführt.

Treptow-Baumgartenweg. Der Frauenlesabend findet für den Ortsteil Treptow am Sonntag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr bei Scholze, Köpenickerstraße 49 statt. Gen. Dr. Rosen spricht über: „Gebirgs- und der Krieg“. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Dienstag, den 27. März, abends pünktlich 8 Uhr, findet im Lokal von Sabau, Reinickstr. 124, eine Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: „Was wird sich unsere künftige Ernährung gestalten.“ Referent Landtagsabgeordneter Gen. Hoyer. Diskussion. Gäste, durch Mitglieder eingeladen, haben Zutritt.

Sonntag, den 25. März im selben Lokal nachm. 4 Uhr. Märchenvorlesung für Kinder.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 25. März, vorm. 10 1/2 Uhr, im großen Festsaal des Berliner Stadthauses, Stralauerstr., Einzugs-Jubiläum: Feier der Jugendweibliche Festvortrag von Herrn Dr. W. Wille: „Unser Menschenbegriff“ Künstlerkonzert. Kinderchor. — Nächste Jugendvorlesung, am 15. April.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin. Am Montag, den 26. März Köpenicker Straße 62, abends pünktlich 8 1/2 Uhr: Prüfung der Teilnehmer vom Winterkursus. — Mittwoch, den 28. März, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im selben Lokal, Verteilung der Flugblätter und Lehrpläne zum neuen Kursus.

Jugendheim 1., Brunnenstr. 70.

Montag: Unterhaltungsabend;
Dienstag: Künstlerische Bildbetrachtungen;
Mittwoch: Kurzausgaben über Esperanto;
Donnerstag: Gesangsabend;
Freitag: Mädchenabend;
Sonnabend: Wochenchau;
Sonntag: Gesellschaftsspiele von 7—9 Uhr.

Außerdem findet am Montag, den 16. April, ein Lichtbildervortrag über „Die Entwicklung des Menschen“ statt. In einem Freitag wird ein Vortrag über „Kunst und Arbeiterin“ gehalten werden. Näheres im Heim.

Einen bunten Abend veranstaltet am Sonntag, den 25. März, der Deutsche Arbeiter- Wanderbund „Die Naturfreunde“ in den Treptower Konfordia-Sälen am Karpenweich, Straße Am Treptower Park 69. Das Konzert bietet die „Musikalische Abteilung“ des Bundes, unter Leitung ihres Dirigenten H. Vorpahl. Den gesanglichen Teil führt Fr. Kobl aus, während Herr Ulrich gute Rezitationen bringt. Beginn pünktlich 7 1/2 Uhr.

Der Jugendausschuss Pankow-Niederschönhausen veranstaltet am Sonntag, den 25. März, nachmittags 5 Uhr, eine Schulausschließungsfeier und bittet um regen Besuch.

Für den Pressfonds

(Ueberschuß vom Märzfranz der Metallarbeiter der Firma Gneist, Reanderstraße) sind 10,25 Mk. abgeliefert worden.

An unsere Postabonnenten!

Unsere Postbezieher werden darauf aufmerksam gemacht, ihr Abonnement auf das Mitteilungsblatt rechtzeitig zu erneuern, damit in der Zustellung des Blattes keine Unterbrechung eintritt.

Die Bestellung ist bei dem nächsten Postamt zu vollziehen. Der Bezugspreis beträgt 72 Pfennige pro Vierteljahr einschließlich Bestellgeld.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallen Genossen!

6. Wahlkreis.

Am 9. März verstarb im Baracken-Lazarett der 40 Jahre alte Genosse

Franz Füllinger

Bornholmerstr. 93, 6. Abt., Bez. 567.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Lichtenberg.

Am 23. Februar 1917 erlag seinen schweren Verwundungen unser Genosse

Johann Orzepowski

Gürtelstr. 18

im Alter von 34 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

2. Wahlkreis.

Am 14. März verstarb unser Genosse, der Bote

Rudolf Krause

Boedchstraße 82, Bezirk 117.

6. Wahlkreis.

Am 13. März verstarb unser Genosse, der Händ-

Arthur Polity

Gustlitenstr. 40, 10. St., Bez. 623.

Am 13. März starb unser Genosse, der Schlosser

Paul Leydner

Burgsdorfstr. 4, 16. Abt., Bez. 748.

Wahlverein Neukölln.

Am 14. März verstarb unser langjähriger Gruppenführer, der 29 Jahre alte Schubarbeiter

Rudolf Thibe

Bezirk 5a, Granger Straße 12.

an den Folgen eines Anginallebens. Seine Leiche ist am 17. März im Krematorium in der Gerichtstraße den Flammen zur Einäschung übergeben worden.

Ehre ihrem Andenken!

Nach sind nicht alle Mätze vorbei —

So sang der proletarische Dichter Herwegh vor einigen vierzig Jahren, und der März 1917 hat sein Prophetenwort eingelöst. Nach dem März 1848 in Wien und Berlin, nach dem März 1871 in Paris nunmehr der März 1917 in Petersburg.

Freilich ist er noch nicht das Ende, sondern erst der Anfang vom Ende oder wenn man die Sachlage ganz kaltblütig betrachten will, so kann er der Anfang vom Ende werden. Der Zarismus ist nicht kläglich zusammengebrochen, als im Jahre 1848 der preußische Vormärz zusammenbrach, und dennoch war dieser binnen Jahresfrist wieder obenauf, dank dem Umstande, daß die Bourgeoisie dem Proletariat, das den Sieg der Revolution erfochten hatte, keinen Anteil an den Früchten des Sieges gönnen wollte, nicht einmal den allergeringsten, und um nicht auf die Unterdrückung des Proletariats zu verzichten, sich lieber dem gemeinsamen Unterdrücker unterwarf, damit er ihr das Proletariat unterdrücken helfe.

Auch in Petersburg haben die Arbeiter die Schlacht geschlagen, die die Bourgeoisie ans Ruder des Staates gebracht hat. Wird sich hier dieselbe Tragikomödie abspielen, wie schon 1789 und 1830 in Frankreich, wie 1848 in Deutschland und Oesterreich? Noch scheint äußerlich die Einigkeit gewahrt, und der Einfluß des Proletariats auf die neue Regierung ist nach manchen Ansichten nicht unbeträchtlich, aber — so orakelt der gute „Vorwärts“ — unverkennbar seien „minierende Kräfte“ an der Arbeit, um das Zusammengehen der bürgerlichen und der proletarischen Revolutionäre zu hindern. Ach ja, diese „minierenden Kräfte“ sind immer an der Arbeit; sie bestehen in der Angst der Bourgeoisie vor der Arbeiterklasse und ihrem Grauen vor jeder proletarischen Machterweiterung. Und darin mag der „Vorwärts“ wohl recht haben, daß diese „minierenden Kräfte“ in den russischen Kadetten und Oktoberisten ebenso tätig sein mögen, wie in den deutschen Freisinnigen und Nationalliberalen.

Ueberhaupt zeigt sich der „Vorwärts“ bei diesem Anlaß wieder in seiner ganzen Größe oder Blöße. Eigentlich müßte er den russischen Proletariern sein eigenes erhabenes Vorbild zur Nachahmung empfehlen: er müßte ihnen raten, da das Vaterland in Gefahr sei, so hätten sie der neuen Regierung unbeschränkte Kriegskredite zu bewilligen. Nun indem der „Vorwärts“ den Krieg nährt, muß er Sehnsucht nach Frieden heucheln, und so erteilt er seinen hochmögenden Gönnern den Rat, das russische Proletariat ihrerseits sozusagen auszubeuten, oder, wie der „Vorwärts“ es ausdrückt, den Willen des Proletariats zu stützen und zu nützen, der russischen Bourgeoisie mit einer „ungeheuren Gefahr“, mit einer „fürchterlichen Verschärfung des Bürgerkrieges“ zu drohen, um ihr die Kriegslust auszutreiben.

Es ist ein Bild zum Malen. Herr v. Bethmann soll Herrn Miljutow sagen: „Hören Sie, machen Sie so schnell wie möglich Frieden. Das russische Proletariat will den Frieden und Sie haben ja eben selbst erlebt, daß mit dem nicht zu spaßen ist; es kann Sie morgen erniedrigen, wie es Sie heute erhöht hat.“ „Ja“, antwortet darauf Miljutow, „wie kommen Sie mir vor, lieber Bethmann? Sie haben doch auch das Land voll Sozialdemokraten, die alle den Frieden wollen, also lehren Sie gemäßigt vor der eigenen Tür.“ Worauf wieder Bethmann: „Aber sprechen Sie doch nicht wie der Linde von der Farbe! Es gibt noch einige Querulhaber in Deutschland doch bilden sie nach der Marpürdigen Verstärkung meines jungen Scheidemann nur ein Trüpplein, auf das nichts kommt. Sonst sind meine braven Sozialdemokraten treue Patrioten, die auf Kommando einschwärzen, wie die Uteroffiziere, und unbeschränkten Kredit für die Kriegführung bewilligen. Wenn sie dabei an wen nach Frieden seufzen, so ist das ein harmloser Gas, und bedeutet nicht mehr, als wenn ein Stachelpfer sagt. Aber ihre russischen Proletarier — das ist ganz etwas anderes — und die werden stützen und nützen, falls es nicht zum Frieden kommt.“ So spiegelt sich in der Phantasie des „Vorwärts“ die kommende Friedensverhandlung zwischen Deutschland und Rußland.

Wer überhaupt noch proletarisch zu denken und zu empfinden vermag, wird niemals auf den ebenso kindischen wie widerlichen Einfall geraten, die proletarische Revolution in Rußland als Bogelscheuche gegen die kriegslüsterne Reigungen der russischen Bourgeoisie zu „nützen“. Wir an

unserem Teil wünschen dem russischen Proletariat den Sieg und sind verpflichtet, nach unseren Kräften dazu beizutragen, um seiner selbst willen, um des internationalen und nicht zuletzt auch des deutschen Proletariats willen. Einmal muß doch das trübselige Schauspiel ein Ende haben, daß die Arbeiterklasse die Kastanien aus dem Feuer holt und die Bourgeoisie sie verzehrt.

Ob daraus „eine ungeheure Gefahr“, nämlich für die Bourgeoisie, und „eine fürchterliche Verschärfung des Bürgerkrieges“ entsteht, das zu entscheiden, ist die Sache der Bourgeoisie, und nicht die Sache des Proletariats. Dafür, daß die russische Bourgeoisie sich vernünftiger erweisen wird, als die Bourgeoisie anderer Länder sich in ähnlichen Krisen erwiesen hat, fehlt es noch an jedem Beweise, aber wohl dürfen wir hoffen, daß die russische Arbeiterklasse, die sich in Kämpfen und Leiden ohne Maß und Zahl gestählt hat, sich nicht wieder ein X für ein U machen lassen wird. Die Kerenski und Tschidse sind Männer anderen Gepräges als die Ebert und Scheidemann, und wie diese nur zu retirieren verstehen, werden jene zu marschieren wissen.

Daß ein Sieg des russischen Proletariats eine ganz andere Bürgschaft des Weltfriedens bieten würde, als alle diplomatischen Friedensschlüsse und nun gar das Friedensgeräusch des „Vorwärts“, bedarf keines besonderen Nachweises, es sei denn, man wolle vor Idioten einen Vortrag darüber halten, was unsere Aufgabe nicht ist und nicht sein kann.

Ausdehnung der Kriegswochenhilfe.

Der „Deutsche Bund für Mutter- und Kinderschutz“ richtet an den Bundesrat eine Petition: eine Verordnung zu erlassen, durch welche die minderbemittelten Wöchnerinnen der auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst berangezogenen Männer bezgl. die unehelichen Kinder solcher Hilfsdienstpflichtigen des Anspruches auf Reichswochenhilfe in dem durch die Verordnung vom 25. April 1915 festgesetzten Umfang teilhaftig erklärt werden.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der nicht ganz so weit ging und die Ausdehnung der Kriegswochenhilfe nur für die Ehefrauen der im Hilfsdienst beschäftigten Personen forderte, nicht auch für die unehelichen Kinder, war in der Sitzung des Hauptausschusses vom 7. März zur Annahme gelangt.

Man kann ruhig noch einen Schritt weiter gehen als beide Anträge gegangen sind und fordern, daß die Mutter des vom Vater anerkannten unehelichen Kindes als Schwangere und Wöchnerin in bezug auf die Kriegswochenhilfe der verheirateten Krieglerinnen völlig gleichgestellt werde.

Der Staat hat das größte Interesse daran, die werdende Mutter zu schützen. Er geht doch jetzt schon so weit, nach eingehender Prüfung der Sachlage, die Braut eines Gefallenen das Recht auf dessen Namensführung zuzugestehen, wenn dieser vor seinem Tode ihr Kind auch als das seine anerkannt hat.

Der Kreis derer, die der Wochenhilfe teilhaftig werden, ist viel zu eng gezogen. Eine großzügigere Kriegswochenhilfe fordert der „Hauptverband Deutscher Ostkrankenlasten“ in einer langen Petition an die Reichsregierung, in der die Gründe für die Notwendigkeit der Ausgestaltung der Reichswochenhilfe ausführlich dargelegt sind.

Von der Kriegswochenhilfe werden danach nicht erfasst: die Wöchnerinnen, die zwar Anspruch an Wochenlohn, nicht aber auf Mehrleistungen haben, ein Teil der Unehelichen; die Ehefrauen der nicht im Feld stehenden Versicherten; die in der Hausindustrie beschäftigten Frauen, soweit für sie die Krankenversicherung nicht wieder eingeführt ist; die Ehefrauen der mit dem Heeresdienst eingezogenen, nicht krankenversicherung unteren Beamten und Angestellten, sowie die Ehefrauen der nicht eingezogenen Selbständigen. Gerade die letzteren sind häufig noch viel schlechter gestellt, als der versicherungspflichtige Teil der Bevölkerung. Von den nicht zum Heeresdienst eingezogenen werden inzwischen wohl mehr und mehr zum Hilfsdienst eingezogen worden sein. Als Einkommensgrenze für die Leistungen der Kriegswochenhilfe müßte maßgebend sein die im Versicherungsgesetz für Angestellte gezogene Grenze von 5000 Mk.

Beide Eingaben gehen von dem Grundsatz aus: eine gesunde Bevölkerungspolitik läßt sich mit Erfolg nur dann betreiben, wenn der Wochenlohn das weitaus größte Maß gesteckt wird! Wie soll eine minderbemittelte schwangere Frau in jetziger Zeit es überhaupt erreichen, sich nur einzusetzen so zu ernähren, um ein gesundes, kräftiges Kind nicht nur zur Welt zu bringen, sondern auch monatelang zu stillen, wenn ihr nicht wenigstens der Zuschuß durch die Reichswochenhilfe dazu hilft?

Abgesehen von der ungeheuren Schwierigkeit in der Beschaffung der Nahrungsmittel, sind sie auch so teuer, daß ohne diesen Zuschuß nicht einmal das verkauft werden könnte, was der in „gesegneten“ Umständen befindlichen Krieglerin zusteht.

Dank einem Antrag der „Arbeitsgemeinschaft“ wurde die Unterstützung der Kriegswöchnerinnen vor kurzem von 1 Mk. auf 1,50 Mk. täglich erhöht.

Hoffentlich tritt diese Erhöhung, sowie die vorgesehene Ausdehnung der Kriegswochenhilfe auf die Frauen der zum Hilfsdienst eingezogenen recht bald in Kraft.

Vom Lebensmittelmarkt.

Einen eigentlichen Lebensmittelmarkt gibt es nicht mehr, da die meisten Lebensmittel uns zugeleitet werden. Die Verordnungen sind so zahlreich, daß die Frauen, die vorzugsweise mit dem Einkauf geplagt sind, täglich auf die neuen Bekanntmachungen achten müssen. Bemerkenswert ist, daß, obwohl die Legezeit der Hühner eine vermehrte Eierzufuhr zur Folge haben müßte, die Abgabe von Eiern sehr beschränkt ist. Der Magistrat gibt bekannt, daß die von der Zentraleinkaufsgesellschaft gelieferten Eier nicht mehr als 28 Pf. kosten dürfen und daß bis zum 31. März auf Abschnitt 16 der Eierkarte ein Ei abgegeben wird. Der gestellte Höchstpreis ist noch sehr hoch.

Zuckerzusatzkarten werden für Kinder, die am 1. April 1911 und später geboren sind, ausgegeben, soweit sie noch nicht im Besitze von Zuckerzusatzkarten sind. Auf eine solche Zuckerzusatzkarte wird ½ Pfund Zucker im Monat abgegeben und zwar vom 1. April ab.

Im Laufe der letzten Woche hat der Magistrat Bezugsscheine auf Hühner und Kaninchen ausgegeben. Da der Preis für 1 Pfund Huhn auf 4,80 Mk. und für ein Pfund Kaninchen auf 3,80 Mk. festgesetzt war, ist kaum anzunehmen, daß viele Leute bei diesem Preise die großen Unbequemlichkeiten in den Kauf nehmen, denen sie bei der Abholung sich aussetzen.

Für alle Laubenbesitzer, die auf ihrem Laubenland Kartoffeln ziehen, ist von Interesse, daß die Saatkartoffeln außerordentlich knapp sind. Infolgedessen wird empfohlen, die Kopfabschnitte der Kartoffeln als Saatgut zu verwenden. Abschnitte von 10 Gramm sollen genügen, um als Setzlinge zu dienen. Für die etwa 50 000 Berliner Kleingärten werden benötigt bei je 100 Quadratmeter Fläche für Kartoffeln und 7 Pflanzen auf ein Quadratmeter $50\,000 \times 10 \times 7 = 35\,000\,000$ Setzlinge.

Die Zuckerkundenliste verliert mit Ablauf dieses Monats ihre Gültigkeit. Die Bezahler von Zucker müssen sich erneut in die Liste eintragen lassen.

Von den versprochenen Fischen ist noch nichts zu sehen. Sie scheinen immer noch in die Fischkonservenfabriken zu wandern, von wo sie dann für teures Geld an das Publikum gelangen. Denn die Preise, die heute für Fischkonserven verlangt werden, sind wahre Phantasipreise.

Bebel und der „Vorwärts“.

Durch den Prozeß der widerrechtlich entlassenen „Vorwärts“-Redakteure gegen den Parteivorstand ist die Frage über das Verhältnis des Vorstandes zu dem Blatt, das zwar Zentralorgan der Partei, in erster Linie aber das Blatt der Berliner Parteigenossen ist, wieder aufgerollt. Der juristische Vertreter des Vorstandes, ein Herr, der während der Kriegszeit wie viele andere, eine stattliche Anzahl von Artikeln über die nationalen Pflichten der Arbeiterschaft zusammengeschrieben hat, verlor vor Gericht, daß er von dem Organisationsleben unserer Partei keinen blauen Dunst hat. Was übrigens allen, die ihn vor dem Kriege gekannt haben, kein Geheimnis war. Aber vielleicht gerade deshalb ist er der geeignete Mann, den Gewaltschrei des Parteivorstandes, der allen Traditionen und Gesetzen unseres Organisationslebens ins Gesicht schlägt, die juristische Belthe zu geben. Wie wenig aber der Parteivorstand das Recht hat, sich auch in der Vorwärtsfrage als Sachwalter und Führer der „alten Sozialdemokratie“ auszugeben, und wie sehr sein Verhalten abstoßend von der grundsätzlichen Haltung, die ein Mann, wie August Bebel zur Vorwärtsredaktion einnahm, mag an einer Aeußerung unseres alten Kampfers nachgewiesen werden, die er am 6. November 1905 anlässlich des damaligen Vorwärtskongresses nieder schrieb:

„Ich habe in der ganzen Zeit, die ich als Vorstandsmittglied Aufsichtsorgan des „Vorwärts“ war, nie den geringsten Versuch gemacht, die Ausnahme eines Artikels oder einer Notiz zu erzwingen oder deren Aufnahme zu verhindern oder die Haltung des „Vorwärts“ in einer Frage zu beeinflussen, es sei denn in durchaus legaler Weise in den zu diesem Zweck einberufenen gemeinsamen Sitzungen. Aber auch in diesem habe ich nur in den mir zutreffenden Grenzen von dem Recht, meine Meinung zu äußern und auf die Meinung der anderen Einfluß zu üben, Gebrauch gemacht.“

So August Bebel. Man vergleiche damit das Verhalten des Parteivorstandes im gegenwärtigen Vorwärts-Konflikt. Aber der gegenwärtige Chefredakteur von Besatzungsstaats Gnaden, der gleichzeitig Vorstandsmittglied ist, wird es auch noch fertig bringen, zu behaupten, daß er heute seines Amtes im Geiste und im Sinne August Bebel's waltet.

Die Berliner Metallarbeiter und die Politik des 4. August.

Die Berliner Metallarbeiter nahmen in einer außerordentlichen Generalversammlung Sitzung zur XIII. Verbandsgeneralversammlung in A. L. N. Zum Vorstandsbericht war eine Resolution gestellt, die lautet:

„Die Aufgaben der Organisation sind bedingt durch ihre Stellung zur privatrechtlichen Wirtschaftsordnung, in der die klassengegenwärtigen Wurzeln und sich immer mehr verschärfen. Die Organisation hat sich zu betätigen nicht nur zur Milderung der der Arbeiterschaft erwachsenden Leiden und zur Förderung der Augenblicksinteressen, sondern zur endgültigen Beseitigung der Arbeiterschaft. Die Lösung dieser Aufgabe ist nur auf dem Boden des Klassenkampfes möglich. Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes stellt sich auf diesen Boden und weist alle Versuche entschieden zurück, die geeignet sind, die Organisation in andere Bahnen zu lenken. Sie erwartet vom Vorstand und allen Funktionären und besonders von der Schriftleitung der „Metallarbeiter-Zeitung“, daß bei ihrer Stellung zu den Unternehmern wie zu der Regierung dieser Charakter nicht verweizelt wird. Wohl erkennt die Generalversammlung an, daß zur Besserung und Hebung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder in der Gegenwart ein Paktieren mit den Gegnern erforderlich ist, dieses hat sich in dem durch Charakter und Wesen der Organisation bedingten Rahmen zu bewegen und darf niemals zur Preisgabe von Grundsätzen oder Rechten führen. Zusammenwirken zwischen Arbeitern und Unternehmern darf immer nur vorübergehend als Mittel zum Zweck geschehen, niemals Selbstzweck werden.“

Die Demokratie ist die Grundlage der Organisation. Der Wille der Mitglieder das oberste Gesetz. Die Funktionäre können nur das Werkzeug des Willens der Mitglieder sein. Das schließt jede Instanzenpolitik aus. Den Mitgliedern muß innerhalb der Organisation das Recht der freien Meinungsäußerung gewährleistet sein. Auch müssen die Versuche, den Mitgliedern außerhalb der Organisation eine bestimmte politische Meinung vorzuschreiben, entschieden zurückgewiesen werden. Ebenfalls darf die Organisation selbst auf eine bestimmte politische Richtung festgelegt werden. Die Stellung der Organisation zu politischen Fragen ergibt sich aus ihrem Charakter.

Die Generalversammlung konstatiert, daß sich die Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum während der Kriegszeit noch mehr verschärft und die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft sich jenseitig verschlechtert hat. Sie stellt weiter fest, daß die Regierung zur Milderung des Glanzes der Arbeiterschaft fast nichts getan hat, daß sie vielmehr die durch das Ermächtigungsgesetz und den Belagerungszustand gebundene Macht benutzt hat, die Rechte der Arbeiter ohne zwingenden Grund zu beschneiden oder ganz aufzuheben, was am schärfsten in der Aufhebung der Schutzesetze für Arbeiterinnen und Jugendliche zum Ausdruck kommt. Unter Verdrächtigung dieser Tatsachen kann die Generalversammlung das Verhalten der Vertreter der Gewerkschaften im Reichstag nicht billigen. Diese haben sich mit Anregungen und Protesten begnügt, zugleich aber dieser Regierung jede Unterstützung gewährt und dabei die wichtigsten politischen Grundrechte der Arbeiter preisgegeben. Gegen diese Haltung, besonders bei Schaffung des Hilfslidengesetzes, erhebt die Generalversammlung den allerheftigsten Protest.

Die Generalversammlung protestiert weiter gegen die Versuche der Generalkommission und der Vorstandskonferenz, die Gewerkschaften auf die Politik des 4. August festzulegen und den Mitgliedern eine bestimmte politische Meinung vorzuschreiben, wie es durch die Beschlüsse und Kundgebungen vom 23. Juni und 5. Juli 1915 geschehen ist. Diese Versuche führen zu einer unheilvollen Instanzenpolitik und untergraben die demokratische Grundlage der Organisation.

Der Antragsteller begründet in längeren Ausführungen die Resolution. Er führt aus, daß es wohl die wichtigste Aufgabe der Verbandsgeneralversammlung ist, zu entscheiden, was aus unserer Organisation werden solle. Die Gewerkschaften waren bisher bemüht, die Politik aus ihren Reihen fern zu halten, das muß auch in Zukunft der Fall sein. Leider wird die Diskussion auf dem Verbandstage ohne politischen Einschlag nicht möglich sein. Ueber das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei ist auf dem Mannheimer Parteitag entschieden worden. Besonders August Bodel habe damals verlangt, daß die Gewerkschaften vom Geiste des Sozialismus getragen werden, und daß die Mitglieder dafür sorgen sollen, daß die Gewerkschaftsagitatoren in diesem Sinne tätig sind. Notwendig ist, daß die Kampfmethoden der Gewerkschaften und der Partei innerlich übereinstimmen. Will man feststellen, ob die Gewerkschaftsführer während des Krieges im sozialistischen Sinne tätig sind, so muß man die Haltung der Führer zu den Gegnern der Arbeiterschaft während des Krieges vergleichen mit der Haltung vor dem Kriege. Der Streit, der gegenwärtig die deutsche Arbeiterbewegung zerrissen hat, ist vorwiegend ein Streit um die Taktik. Es wäre gut gewesen, wenn dieser Streit nicht in die Gewerkschaften getragen worden wäre. Aber schon während der ersten neun Kriegsmomente hat die Gewerkschafts- und besonders die „Metallarbeiter-Zeitung“ einseitig zu diesem Streit Stellung genommen, so daß bereits unser voriger Verbandstag sich damit beschäftigte. In einer klaren, unzweideutigen Resolution hat der Verbandstag ausgesprochen, daß in diesen Fragen kritische Neutralität zu wahren ist. Man konnte erwarten, daß diese klare und bestimmte Entschiedenheit unserer obersten Instanz von allen Mitgliedern befolgt würde. Aber bereits vorläufig Wochen später hat die Generalkommission der Gewerkschaften und gleich darauf die Vorstandskonferenz in der allerheftigsten Form Stellung zu den politischen Streitfragen genommen. An diesen Kundgebungen hat unser Vorstand und unser Vertreter in der Generalkommission teilgenommen und damit in der schärfsten

Form gegen den Beschluß des Verbandstages verstoßen. Durch diese Kundgebungen der Instanzen sind die Gewerkschaften auf die Politik des 4. August 1914 festgelegt und den Mitgliedern eine bestimmte politische Meinung vorgegeben worden. Die Gewerkschafts- und Metallarbeiter-Zeitung unter Führung des Korrespondenzblattes der Generalkommission betonen immer wieder, daß diese Politik des 4. August den vollen Gewerkschaftsinteressen entspricht und schließlich wurde der Parteivorstand angepinelt, „die Querstriche ungeschicklich zu machen“. Ohne die moralische und materielle Hilfe der Generalkommission hätte der Parteivorstand die Partei nicht auseinander sprengen können. Es ist Pflicht des Verbandstages, hierüber vom Vorstand die Gewerkschaft zu fordern. Wenn den Mitgliedern die Politik des 4. August aufgezwungen werden soll, so muß den Mitgliedern auch gesagt werden, was darunter zu verstehen ist.

Redner unterwirft diese Frage. An verschiedenen Äußerungen des Korrespondenzblattes und anderer Anhänger dieser Politik verweist er, daß es sich dabei nicht allein um die Bewilligung der Kriegskreditverträge, sondern wie ein Vertreter dieser Politik richtig ausführt, daß diese Politik „einen Bruch mit den prinzipiellen Resolutionen bedingt, auf welche bis zum 4. August die Politik der Partei prinzipiell festgelegt war, und daß die Fortsetzung der Politik des 4. August eine Aufhebung jener Parteitagbeschlüsse, auf welche sich die Minderheit beruft, zur unbedingten Voraussetzung hat“. Die Gewerkschaften sind also auf dem falschen Wege, ihren alten Charakter und damit die Grundlage des Klassenkampfes zu verlassen und hineingegeraten in den sozial-reform-patriotischen Sumpf. Darum müsse durch eine klare unzweideutige Resolution, wie die vorliegende, dieser Gefahr vorgebeugt werden. Die Gewerkschaftsführer haben nicht nur die Politik des 4. August propagiert, sondern auch praktisch in diesem Sinne gearbeitet. Welche Erfolge dabei erzielt wurden, das sehe man in den Ernährungsfragen, in der Tätigkeit der Kriegsaussschüsse, in der Arbeiterinnenfrage usw. und wohin eine solche Politik in ihrer praktischen Anwendung führt, das lehrt uns das Hilfslidengesetz und der Streikverzicht des Eisenbahner-Verbandes.

In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Antragstellers aus. Es wurde besonders betont, daß der Vorstand gezwungen werden müsse, die Beschlüsse des Verbandstages zu halten. Desgleichen müsse gründlich mit der Generalkommission abgerechnet werden. Es wurde ein Zusatzantrag gestellt, der verlangt, daß der Metallarbeiter-Verband seine Beiträge an die Generalkommission ablieferen. Cohen ging nicht auf die Ausführungen des Antragstellers und der Diskussionsredner ein. Er wies nur die Angriffe auf den Kriegsaussschuß zurück. Im übrigen freute er sich, daß der Verbandstag zu diesen Fragen Stellung nehmen könne, darum könne er die Annahme der Resolution empfehlen. Darauf wurde erwidert, daß niemand aus diesem Grunde der Resolution zustimmen könne, denn auch ohne diese Resolution würde der Vorstand in seinem Bericht auf all die Fragen eingehen müssen. Cohen wolle mit dieser eigenartigen Empfehlung der Resolution in der Öffentlichkeit den Glauben erwecken, als ob die Berliner Metallarbeiter nur aus diesem Grunde der Resolution zustimmen. Damit würde man sich schließlich nur Ueberlich machen. Wer nicht auf dem Boden der Resolution stehen wolle, müsse dagegen stimmen.

Die Resolution und der Zusatzantrag wurden einstimmig angenommen. Eine weitere, von der Arbeiterinnenkommission Berlin eingebrachte Resolution fordert den Vorstand auf, Schritte zu unternehmen, damit die Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche wieder in Kraft gesetzt werden, eine höchstens acht Stunden betragende Arbeitszeit, ausreichende Ernährung, Erleichterung bei der Lebensmittelbeschaffung usw. wird für dringend erforderlich gehalten. Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Ein Antrag fordert die Aufhebung des Beschlusses, wonach Uebertritte während des Krieges nicht vorgenommen werden dürfen. Der Antrag wurde ebenfalls angenommen.

Angenommen wurde ein Antrag, den Sitz des Verbandes nach Berlin zu verlegen, ferner, daß sich alle Angehörigen in dem zweiten Jahr zur Neuwahl stellen sollen.

Ein Antrag, dem Vorstand das Verfügungsrecht über die Gelder der Sozialkassen zu entziehen, wurde ebenfalls angenommen. Desgleichen ein Antrag, den Mitgliedern im ersten Jahr als Ausweis eine Mitgliedskarte anstatt Mitgliedsbuch auszuhändigen.

Die Berliner Metallarbeiter, die heute mit den im Jahre stehenden über 100 000 Mitglieder zählen, sind somit weit abgerückt von den Unternehmern, Legien, Scheidemann und Genossen und haben sich zu jenen bekümmert, die die alte Taktik und die wahren Grundsätze der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hoch halten. Sie haben sich zu jenen gestellt, die der „Vorwärts-Vorwärts“ als „Spitzentzug für den Schutzbund der Weltgeschichte“ bezeichnet. Hoffentlich stellt sich auch die Verbandsgeneralversammlung und damit der gesamte Metallarbeiterverband auf diesen Boden. Zu dieser Annahme ist man umso mehr berechtigt, da bereits der letzte Verbandstag im Jahre 1915 keinen Zweifel über seine Haltung zu den politischen Streitfragen gelassen hat.

Der „Vorwärts-Vorwärts“ bringt einen Bericht über die Generalversammlung der Metallarbeiter. Er teilt den Vorläufer der Resolution seinen Lesern nicht mit der ganze Bericht ist so zusammengefaßt, daß die Stellungnahme der Generalversammlung möglichst verflücht wird. Dieses unehrliche Treiben des „Vorwärts“ braucht nicht weiter charakterisiert werden. Auf dem 4. August ist die Haltung der Verbandsführer Cohen einstimmt. Cohen ist auf die sachlichen Ausführungen des Antragstellers und der Diskussionsredner nicht eingegangen. Als Mitglied des Beirats, der General-

kommission und der Vorstandskonferenz hätte er doch seine Haltung zum mindestens rechtfertigen müssen. Ueber all die diesen Körperlichkeiten gemachten Vorwürfe gleitet er hinweg, und empfiehlt selbst die Annahme einer Resolution, die diesen Körperlichkeiten und damit auch ihn die schärfste Mißbilligung auspricht. Wenn Cohen diese eigenartige Haltung damit rechtfertigen will, daß er wünscht, daß dem Verbandstag Gelegenheit gegeben wird, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, so kann das nur lächerlich wirken. Denn der Vorstand muß dem Verbandstag Rechenschaft geben über seine Tätigkeit, und damit selbst die Frage ansprechen. Es ist gut, daß in der Generalversammlung das Verhalten Cohens sofort ins richtige Licht gestellt wurde, damit nicht nochmals Gelegenheit gegeben wird, die Haltung der Berliner Metallarbeiter herabzusetzen. Wir erinnern nur an die beiden Resolutionen, die die Metallarbeiter zum Hilfslidengesetz angenommen haben. Damals erklärte auch Cohen, „die eine Resolution sagt mit schärferen Worten, was die andere will“, und empfahl die Annahme beider. Sein Freund Legien benutzte dann diese Gelegenheit, um die Berliner Metallarbeiter im Reichstage lächerlich zu machen. Cohen spielt nach alledem eine eigenartige Rolle. Ob mit Rücksicht auf seine bevorstehende Neuwahl?

Bei den Märzgefallenen.

Die Berliner Arbeiterschaft hatte am letzten Sonntag auch der Märzgefallenen gedacht. Die am Eingang zu dem Friedhof der Achtundvierziger postierte Polizei verfuhr diesmal milder als sonst in der Ausübung der Zensur. Drinnen aber häuften sich die Kränze, und das schöne Rot der Kranzschleifen leuchtete bald das Bild. Die politischen Organisationen und Körperschaften waren durch ihre Zentralinstitutionen vertreten, während zahlreiche Fabrikbetriebe besondere Spenden gesandt hatten. Neben dem Verbands der Wahlvereine Groß-Berlins hing der Kranz der S. P. D. Groß-Berlins und weiter der von der Provinz Brandenburg. Der Vorstandsvorsitzende kann in seiner Berichterstattung sich nicht verkneifen, von dem Verbands der Wahlvereine als von der Sondergruppenorganisation zu berichten. Er sollte nur die Bemerkungen der Friedhofsbefucher über die Durchhalter gehört haben, die den Vorkämpfern für die Freiheit wohl Kränze widmeten, selber aber dem Kampfe um die Freiheit aus dem Wege gehen.

Kränze gestiftet hatten: die Flugzeugwerke, A. E. G., die Arbeiter der Firmen Schwarzkopf, Vossig, Kerger, Waffen- und Munitionsfabrik Mariensfeld, Daimlerwerke, Schneeweiß u. Co., Eneft, Neanderstr., Deutsche Telefonwerke, Metallarbeiter der Firma Hut, die Leitergeräthbauer. Auch die Jugend hatte Kränze gestiftet: die Jugendsektion der Handlungsgehilfen, der Jugendbildungsverein und die Arbeiterjugend. Auch zwei Kränze von den Anarchisten mit schwarzen Schleifen waren vertreten. Immer neue Kränze wurden im Laufe des Vormittags den oben bezeichneten zugesagt und gegen Mittag prangte der kleine im Friedrichshain belegene Friedhof im prächtigen Rot. Unsere Arbeiterjugend aber auch zahlreiche Erwachsene suchten den Friedhof im Laufe des Sonntags auf, um sich an dem Anblick zu erfreuen und der Männer zu gedenken, die im Kampfe für die Freiheit ihr Leben gelassen.

„Außerhalb der Partei stellen.“

Es gibt in Rußland eine extreme-konfessionelle Organisation „Verband des russischen Volkes“, die nachweislich an der Spitze aller reaktionären Anschläge und Pogrome des letzten Jahrzehnts stand und sich noch heute der Gunst der reaktionären Hof- und Regierungsklique erfreut. Einer der rührigsten Führer dieses Verbandes war der Dumaabgeordnete Purischewitsch, bekannt durch seine wilden Erzesse innerhalb und außerhalb der Duma. Während des Krieges sind nun tiefgehende taktische Differenzen zwischen dem Vorstand des „Volksverbandes“ und Purischewitsch ausgebrochen, auf die hier einzugehen wir uns verweigern können. Bemerkenswert ist lediglich die Art und Weise, wie der Vorstand des „echtschlischen“ Verbandes zu der unheimlichen Mitgliedschaft Purischewitsch alle Abenteuereien sucht. Er versand vor kurzem alle Abteilungen des Verbandes folgenden Ufa:

„Das Mitglied der Dumaabgeordnete Purischewitsch, das noch heute als Ehrenmitglied einiger Abteilungen des Verbandes des russischen Volkes gilt, wird hiermit aus dem Mitgliederbestande des Verbandes ausgeschlossen. Jedoch sich jedoch Abteilungen finden, die sich derartigen, den krassen Revolutionär Purischewitsch, ihrem Mitgliederbestande auszuscheiden. So wegen diese Organisationen als geschlossen betrachtet werden.“

Wir empfehlen diese Ausschließungsmethode des „echtschlischen“ Volksverbandes den deutschen Parteivorstände zur Kenntnisnahme und Nachahmung. Obwohl von seinen bisherigen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Opposition nur wenig abweichend, hat die „russische“ Methode doch den Vorzug größerer Klarheit, gegenüber den hier beliebten Methoden des „Außerhalb der Partei stellen“.

Verantw. Redakteur: C. Leib; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.
Druck: Maurer & Dinnmid, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.